

Referat zum Thema:

Chancengerechtigkeit bei der Bildung: Wunsch und Wirklichkeit aus grünliberaler Sicht

Kinder aus Akademikerfamilien besuchen doppelt so oft ein Gymnasium wie Kinder von Eltern mit mittlerem und niedrigem Bildungsniveau. Bei einem Universitätsstudium sind die Chancen Ersterer gar fünfmal höher. Zudem lässt sich belegen, dass soziale Unterschiede bereits in der frühen Kindheit Auswirkungen auf die Bildungschancen haben und die Unterschiede danach von Bildungsstufe zu Bildungsstufe grösser werden.

Schon bis zum Ende der Primarschulzeit gibt es eine «sich öffnende Leistungskluft». Der Eintritt in die höhere Bildung ist leider oft von Herkunft und Finanzkraft der Eltern bestimmt. Kinder aus deutschsprachigen, bildungsnahen, gutsituierten Haushalten haben einen immensen Startvorteil für den Gang an eine höhere Schule. Ob diese aber von Hause aus intelligenter sind, ist fraglich. Während Akademiker ihre Kinder jedoch mitunter regelrecht ans Gymnasium stossen, treten bildungsferne Eltern gerne auf die Bremse: Zu viele landen am Gymnasium, die dort nicht hingehören und andere wiederum scheitern an der Quoten- oder Notenhürde, obwohl sie auf dem akademischen Weg am besten aufgehoben wären.

Warum aber ist das Schweizer Bildungssystem nicht in der Lage, seine Akademiker selbst zu erzeugen, während zur Kompensation gleichzeitig Hochqualifizierte aus dem Ausland importiert werden müssen. Angesichts des Fachkräftemangels in der Schweiz ist es ein wirtschaftliches Desaster, wenn kluge Köpfe dem höheren Bildungssystem verloren gehen. Darin sind sich alle einig – nicht aber darin, wie Chancengerechtigkeit erreicht werden kann.

Es braucht m. E. eine mutige Modernisierung des Bildungssystems um der Chancengerechtigkeit ein Stückchen näher zu kommen:

Ausgangslage Chancengerechtigkeit

Wie sieht die Ausgangslage heute aus: Die Anforderungen sind gewachsen. Das Begabungs- und Bedürfnisspektrum der Kinder nimmt immer weiter zu. Es ist nicht mehr der Normalfall, dass Kinder ohne Probleme ihre Schullaufbahn gut beenden. Mehr als die Hälfte der PrimarschülerInnen benötigt sonderpädagogische Massnahmen, 20% der SchulabgängerInnen sind nicht in der Lage, einen einfachen Text zu verstehen und ein Teil der Lehrpersonen fühlt sich überfordert durch anspruchsvolle Kinder. Überforderung entsteht zusätzlich durch bürokratische Vorgaben der Schulbehörden, durch vorgeschriebene Lehrmittel, die im Unterricht nichts taugen. Und anstatt auf Lehrpersonen und Eltern zu hören und demgemäss zu handeln, wird die Schraube weiter angezogen, Notendurchschnitte vorgegeben, noch strengere Übertrittsregelungen erschaffen. Und wofür? Um die Gymnasialquote zu senken? Vergessen geht dabei, dass trotz all dieser Reformen der vergangenen Jahre die Situation nicht verbessert werden konnte, im Gegenteil!

Ein Teil der Kinder kommt gut zurecht in der Schule, vielen Kindern kann durch Therapien geholfen werden, aber ein Teil der Kinder durchläuft die Schule ohne wirklich genügend gefördert zu werden und ohne ihr Potential entwickeln zu können. Kinder werden als „störend“ empfunden, abgeklärt und in Therapien geschickt, obwohl sie vielleicht einfach ein anderes Umfeld oder eine andere Pädagogik bräuchten. Eltern fühlen sich der Schule und den Behörden gegenüber ohnmächtig und ausgeliefert. Wenn sie sich wehren, werden sie selbst zu „Störfaktoren“ im Schulbetrieb.

Dass wir einem Teil der Kinder im heutigen System nicht gerecht werden, sollte uns in jedem einzelnen Fall betreffen, weil es für die Kinder und Familien viel Leid bedeutet und weil wir es uns auch gesellschaftlich gesehen nicht leisten können, ihr Potential zu vernachlässigen.

Und wenn die Eltern genügend Geld haben, um sich eine private Lösung oder einen Umzug leisten zu können, tun sie es. Wir sind deshalb heute weit entfernt von Chancengerechtigkeit und pflegen ein Zwei-Klassen-Schulsystem.

Freie Schulwahl innerhalb der öffentlichen Schule und zwischen öffentlicher und privater Schule

Die freie Schulwahl ist nicht die Lösung für alle Probleme, die sich in der Volksschule stellen, aber eine Antwort auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen: Eltern wollen sich heute je länger je weniger bevormunden lassen. Sie sehen ihre Kinder als Aufgabe, sie kennen ihre Kinder und wissen, was ihre Kinder brauchen, um sich entwickeln zu können. Der grösste Teil der Eltern will seine Aufgabe bewusster und engagierter als in früheren Zeiten wahrnehmen. Es ist an der Zeit, die Eltern nicht länger zu bevormunden und ihnen zu erlauben, über die Bildung ihrer Kinder bestimmen zu können. Deshalb braucht es die freie Schulwahl, die es den Eltern ermöglicht, den Bedürfnissen ihrer Kinder entsprechend eine Wahl zu treffen. Dazu braucht es aber zwingend auch eine Auswahl! Denn ohne Auswahl keine Wahlmöglichkeit!

In vielen Ländern Europas (Dänemark, Niederlande, Finnland, Schweden usw.) wurde die freie Schulwahl längst eingeführt mit dem Ergebnis, dass es eine Vielfalt an Schulmodellen gibt, die der Vielfalt an Bedürfnissen der Kinder gerecht werden kann. Nicht jede Unterrichtsform, nicht jedes Unterrichtsumfeld und nicht jede Lehrperson passen für jedes Kind. Gerade Kinder aus „bildungsfernen“ Schichten haben in Ländern mit freier Schulwahl viel bessere Chancen, eine gute Schulbildung zu erreichen. In verschiedenen Studien wurde aufgezeigt, dass durch die freie Schulwahl die Autonomie und Qualität der Schulen gestärkt, der Verwaltungsaufwand verringert und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus verbessert werden konnte. Die wichtigste Erkenntnis jedoch sollte sein, dass sich die Kinder besser entfalten können. Auch bei uns in Basel finden wir vermehrt auch in der öffentlichen Schule unterschiedliche Modelle, zumindest ab der Sekundarstufe. Doch leider gibt es keine Wahlmöglichkeit.

Die Volksschulleitung gesteht den verschiedenen Schulstandorten der Sekundarstufe einen pädagogischen Entwicklungsfreiraum zu. Dabei dürfen sie in Bezug auf das Unterrichtsmodell innovative Konzepte entwickeln, müssen sich im Endeffekt aber an die vorgegebenen Lernziele halten. Innovation und Diversität von Unterrichtsmodellen in der Staatsschule sind sehr zu begrüssen. Verschiedene Wege führen zum Ziel, wir alle sind und lernen unterschiedlich. Es ist nun aber für Eltern und Schülerinnen und Schüler gar nicht möglich, aus diesen Unterrichtsmodellen aufgrund der individuellen Bedürfnisse und Persönlichkeit zu wählen. Man wird vom ED einem Schulstandort und damit zugleich einem Unterrichtsmodell zugeteilt, ob man nun persönlich zu dem Unterrichtsmodell passt oder nicht. Das ist sehr problematisch für die Chancengerechtigkeit, da Entwicklungschancen von Glück oder Pech bei der Standortzuteilung abhängen können. Für die Chancengerechtigkeit ist eine verbindliche Wahl eines Unterrichtsmodells ähnlich der Wahl eines Schwerpunktfachs (Typus) entscheidend. Wenn ein Kind beispielsweise gezwungen ist, im innovativen Plus-Modell zu bestehen, obwohl es damit überfordert ist, so wird es sein Leistungsniveau wegen des Unterrichtsmodells nicht erreichen können. Die Lehrplanziele der unterrichteten Fächer (mit Ausnahme der Wahlfächer) und die obligatorischen Lehrmittel sind nämlich an allen Standorten identisch. Die Einteilung in die Leistungszüge und die Beurteilung erfolgen nach denselben kantonalen Vorgaben. Alle Kinder sollen die gleichen Chancen erhalten auf dem Weg zur Erreichung der Lernziele. Zudem kann der Erfolg eines innovativen Modells auch nur dann eruiert werden, wenn es im Wettbewerb steht und für seinen Erfolg kämpfen muss. Es muss im

Interesse unserer Staatsschule sein, dass wir aufgrund des Zuspruchs oder der Ablehnung einzelner Modelle diese reflektieren und Schlüsse daraus ziehen. Die Grünliberalen forderten daher eine Lösung, die es ermöglicht, dass Eltern bzw. Schülerinnen und Schüler beim Wechsel in die Sekundarstufe verbindlich ein Unterrichtsmodell wählen können und dann je nach gewähltem Modell einem der Standorte zugeteilt werden, an dem dieses Unterrichtsmodell angeboten wird. So ist es auch möglich, flexibel auf eine starke Nachfrage eines bestimmten Unterrichtsmodells zu reagieren. Die Regierung sollte demnach eine gesetzliche Grundlage für eine verbindliche Wahlmöglichkeit des Unterrichtsmodells ab der Sekundarstufe schaffen.

Leider wurde die Motion nicht überwiesen. Die Front gegen die freie Schulwahl ist in der Schweiz sehr breit. Es ist aber verwunderlich, dass sich sogar die Sozialdemokraten und die Lehrerschaft gegen eine grössere Wahlfreiheit der Eltern stemmen. Denn vor allem Haushalte mit kleinem Budget wären die Profiteure der Reform, während sich heute nur wohlhabende Familien die Schule ihrer Kinder aussuchen können. Und die Pädagogen fänden neue Handlungsspielräume abseits der Bürokratie. In der Diskussion um die freie Schulwahl steht häufig nicht die Qualität und die Effizienz des Bildungsangebots im Vordergrund, sondern die Sorge um die soziale Durchmischung. Letztendlich geht es um den gesellschaftlichen Kitt in einem mehrsprachigen und vielgestaltigen Land.

Heute bestimmt vor allem das Einkommen, wer Wahlfreiheit hat. Warum ist das so?

Für einen Umzug an eine bevorzugte Lage muss ein Eintrittspreis bezahlt werden, so auch für gute öffentliche Schulen in begüterten Gemeinden. Ein hohes Einkommensniveau der Einwohner einer Gemeinde schlägt sich deshalb überproportional stark in teuren Mieten nieder. Das Eintrittsticket per Zuzug ist darum für Normalverdiener häufig unerschwinglich. Und wer wirklich wählen will, schickt sein Kind an eine nichtstaatliche Schule. Den Beitrag hat man jedoch privat zu entrichten und das ist eine teure Angelegenheit. Man wird also dabei doppelt zur Kasse gebeten und erhält vom Staat nichts zurück. Nicht alle wollen oder können sich das leisten. Das Einkommen bestimmt also, wer heute über faktische Wahlfreiheit verfügt und wer nicht.

Schwer verständlich ist daher, dass der aufgeklärte Teil der Sozialdemokratie mehr Wettbewerb zwischen den Volksschulen nicht zu seinem ureigenen Anliegen macht. Da mag deren angeborener Hang zum Paternalismus mitspielen, der es Eltern nicht zutraut, den grösseren Handlungsspielraum zu ihrem Vorteil zu nutzen. Verschiedene Untersuchungen für die Schweiz zeigen denn auch, dass die Zustimmung zur freien Schulwahl mit steigenden Einkommen abnimmt. Anders gesagt: Die Profiteure der Reform sind die Haushalte mit kleinem Budget.

Ein wichtiger Faktor ist aber auch die Lehrerschaft, deren politische Heimat vorwiegend links liegt und die die starre Zuweisung vehement verteidigt. Gleichzeitig fühlen sich die Lehrpersonen vermehrt unter Druck gesetzt. Sie sind regelrecht eingezwängt zwischen ständigen Reformen, Integrationsfragen, disziplinarischen Problemen, Genderanliegen, aufmüpfigen Eltern und über Handnehmender Bürokratie. Sie wollen nun nicht auch noch dem rauen Wind des Wettbewerbs ausgesetzt werden.

Diese Wahrnehmung des Wettbewerbs ist sehr einseitig, denn jeder Veränderungsprozess birgt neue Perspektiven und Chancen, würde es den Pädagogen doch mehr individuelle Handlungs- und Gestaltungsspielräume eröffnen, ganz abgesehen davon, dass sie zwischen Arbeitgebern wählen könnten, die differenzierter wären als heute. Der Wettbewerb ist gesund für die Qualität der Schulen. Gefragte und aussichtsreiche Modelle werden automatisch anhand der Nachfrage ausgebaut und dafür Auslaufmodelle rasch eliminiert.

Chancengleichheit mittels Integration?

Die gegenwärtige Debatte über schulische Integration ist häufig auf die Separation von schulleistungsschwachen Schülern in Kleinklassen (sogenannte «Lernbehinderte») verengt. In diesen Klassen befanden sich in den vergangenen Jahren fast nur noch Kinder aus Familien mit geringem Bezug zu unserer Bildungsmentalität. Durch die Integration in Regelklassen sollen sich ihre Chancen auf Bildungs- und Berufszugänge verbessern. Aber die Fokussierung auf die Integration der Kleinklassenschüler reduziert die Problematik auf eine Detailfrage. Chancengleichheit durch die Schaffung von Integrationsklassen gilt aber heute als bildungspolitisch modern. Bisher wurde aber kaum hinterfragt, ob sich «Integration» mit «Chancengleichheit» überhaupt verträgt. Die Vergleichbarkeit von schulisch Begabten mit anderen war nie direkter als in der integrativen Schule. Nie wurde den früher separativ Geschulten klarer vor Augen geführt, in welchem Masse sie sozial, schulisch oder gesundheitlich abfallen. Nie war die Kluft grösser. Auch die Chance, das eigene Potenzial ausschöpfen zu können, war in kleinen Klassen in spezialisierten Schulen ungleich grösser.

Der Glaube an eine Herstellbarkeit von Chancengleichheit durch Integrationsklassen ist eine Illusion. Zwar hat die frühere Separation in Kleinklassen für einige Betroffene Chancen-Ungerechtigkeiten zementiert. Aber das generell durch Selektion separierende Schulsystem hat sich nach der Abschaffung dieser Klassen nicht integrativ verändert. Der Glaube an eine Verbesserung der Bildungs- und Berufschancen für immer mehr Jugendliche durch das integrative Schulsystem ist Augenwischerei.

Triebfeder Akademisierungsboom

Und wie sieht es mit der Chancengleichheit nach Absolvieren der obligatorischen oder gymnasialen Schulzeit aus? Zwar loben Politiker das schweizerische duale Bildungssystem und damit die Bedeutung der Berufslehren. Aber ein grosser Teil der Bevölkerung hat sich den importierten Glauben an Akademisierung angeeignet. Viele Eltern aus der Mittel- und der Oberschicht sind heute schon ab dem Kindergarten auf den zukünftigen Wettkampf fixiert. Das wurde auch dadurch verstärkt, dass für immer mehr Berufsausbildungen eine Maturität verlangt wird.

Auf die Zunahme des Maturitätsfimmels hat die Schweizer Bildungspolitik mit der Schaffung von bald unzähligen Fachmaturitäten und Berufsmaturitäten reagiert. Seither grenzt sich auch in den Berufslehren die Gruppe der schulisch «Weiterkommenden» von jener der schulisch «Stehenbleibenden» ab.

Ein Teil der früheren praxisorientierten Berufs- und Fachschulen hat das bildungspolitische Klima dafür genutzt, den als höherwertig betrachteten Status einer Hochschule zu erkämpfen. Damit erfordert nun die Aufnahme ein Maturitätszeugnis. Inzwischen zeichnet sich ab, dass sich einige Fachhochschulen den wissenschaftlichen Ansprüchen einer Universität anbieten und sich von einer Berufsbildung mit praxisnahen Lehr- und Forschungsinhalten entfernen. Ihre Forschung unterscheidet sich oft nicht von universitärer Grundlagenforschung. Der Berufspraxis dienende Forschung sollte eigentlich Handreichungen entwickeln, welche die Berufsarbeit verbessern und erleichtern. Bei der Auswahl von Ausbildungs- und Forschungspersonal scheint oft die theoretisch-akademische Qualifikation wichtiger zu sein als Kompetenzen in den Berufsfeldern, für welche die Fachhochschule ausbilden muss.

Die Bildungspolitiker unterstützten den Wandel zu Hochschulen in der Meinung, dass dadurch die Berufsausbildung noch besser werde. Sie fordern aber gleichzeitig, dass diese sich deutlich von einer akademischen Universitätsausbildung unterscheiden müssten.

So verschärft sich der Run auf schulische und berufliche Chancen. Verlierer werden Opfer dieses fatalen Wettkampfklimas. Die traditionell privilegierten Familien werden höchst selten wünschen, dass ihre Nachkommen zu sozialen Absteigern werden. Deshalb wirken sie dem mit der Finanzierung von Nachhilfeunterricht und dem Besuch von nichtstaatlichen Schulen entgegen.

Fazit:

Tatsache ist, dass wir von Chancengerechtigkeit noch weit entfernt sind. Was wir alle anstreben sollten, sind faire Chancen für alle für das Erreichen von Lernzielen in einem grundlegenden Lehrgang für alle sowie eine Neugestaltung der Übergänge unter der Voraussetzung, dass alle Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit über Mindeststandards in möglichst allen Fächern verfügen. Es ist umso erfreulicher, dass es viele Schulen und Lehrpersonen gibt, die sich von all dem unberührt zeigen und sich für eine von Materialismus freie pädagogische Gestaltung des Unterrichts engagieren, die sich trauen, für ihre Überzeugung einzustehen und ihre Prioritäten unbeeindruckt vom Zeitgeist setzen, die Kinder echte Bildung erfahren lassen und in ihnen ein Gefühl des Wohls in einer Gemeinschaft von Leistungsstarken und Leistungsschwachen wecken!

Bleibt nun zu hoffen, dass auch die Politik ihre Aufgabe wahrnimmt, Fehler eingesteht und diese korrigiert. Fehlendes Eingeständnis wiegt schwerer als der Fehler selbst!

Wir fordern deshalb:

- Freie Schulwahl innerhalb der staatlichen Schule
- Freie Schulwahl zwischen staatlicher und nichtstaatlicher Schule, Bildungsgutscheine, Subjekt- anstatt Objektfinanzierung
- Mehr Augenmass bei der Integrationsfrage, niedrigere Eintrittsschwelle für separative Angebote, mehr separative Angebote
- Lehrmittelfreiheit

Katja Christ
Präsidentin glp BS